

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1862**

12.10.1862 (No. 240)

# Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 12. Oktober.

N. 240.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.  
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.  
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1862.

**Vangenburg.** In meiner neuen Heimath angekommen, fühle ich mich gedrungen, den Einwohnern der Stadt Karlsruhe, welche aus Anlaß meiner Vermählung so rührende Beweise ihrer Theilnahme und Anhänglichkeit gegeben haben, meinen innigsten Dank auszudrücken.  
Vangenburg, den 7. Oktober 1862.  
Ecopoldine, Fürstin zu Hohenlohe-Vangenburg, geb. Prinzessin von Baden.

## Amtlicher Theil.

### Ordensverleihung.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 24. September d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem fürstlich hohenzollern-langenburgischen Domänendirector Karl Franz Fortenbach das Ritterkreuz des Ordens vom Jahrlinger Löwen zu verleihen.

### Dienstnachrichten.

Karlsruhe, 11. Oktober.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 7. Oktober d. J. gnädigst bewogen gefunden: dem Präsidenten des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Dr. Camery, dem Präsidenten des Finanzministeriums, Geh. Rath Dr. Bogemann, und dem Präsidenten des Handelsministeriums, Geh. Rath Dr. Weigel, den Charakter als Staatsrath zu verleihen.

Durch Allerhöchste Ordres vom 10. d. wird Leutnant Gaskater im 4. Infanterieregiment, Prinz Wilhelm, auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen anderweiter Verwendung aus dem Armeekorps entlassen; Oberleutnant Frech vom 4. Infanterieregiment, Prinz Wilhelm, wird zum (1.) Leib-Grenadierregiment versetzt; Major von Stetten wird der Verwendung als Lehrer beim Kadettenkorps entzogen und zum 4. Infanterieregiment, Prinz Wilhelm, versetzt; dem Hauptmann von Fabert vom Artillerieregiment wird der Vortrag der Artilleriewissenschaft an der höhern Offizierschule übertragen, und der Oberleutnant Pflaß vom Generalstab und der Leutnant von Bodmann vom (1.) Leib-Grenadierregiment werden der Direktion der Militär-Bildungsanstalten als Lehrer beim Kadettenkorps zur Verfügung gestellt; Leutnant Striegel vom 5. Infanterieregiment wird aus dem Armeekorps entlassen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 7. d. M. gnädigst geruht den Amtsrichter Neumann in Pfullendorf in gleicher Eigenschaft nach Schönau, den Amtsrichter von Cloßmann in Salem in gleicher Eigenschaft nach Heidelberg zu versetzen;

### Ercheinungen.

(Fortsetzung aus Nr. 236.)

Ich war vor dem Frühstück brünett im Garten — den Morgen, und an den Blumenbeeten vorbei und die bemosten Stufen zur Terrasse hinauf schlendend, unterfuhr ich den Ort scheinbar ganz ruhig und gleichgültig, um jeden Verdacht eines etwa mich ungeliebten Beobachtenden abzuwenden. Ich fand hinter den Eiben an dem einen Ende der Terrasse eine niedere mit Eisenmägeln beschlagene Bogentür, die dem Anschein nach von innen zugemacht war und in den blühen und schadhafte Flügel des Schlosses ging. Ueber den Eiben, am andern Ende des Aufgangs, war eine hübsch geputzte Laube, die vor Jahren ein angenehmer Sommerplatz gewesen sein mochte. Der Gang selbst war bloß ein schmaler Kiesweg mit einem Nisteneppich auf beiden Seiten und in der Mitte von zwei stattlichen Ulmen beschattet. Ich wünschte, mir den geheimnißvollen Nachtgast näher beschreiben zu können, wußte aber Anfangs nicht recht, wie ich das bewerkstelligen sollte. Die äußere Thür, durch die ich allein in den Garten gelangen konnte, wurde von Alice jeden Abend abgeschlossen. Nach einigem Ueberlegen beschloß ich nun, gerade vor dem Dunkelwerden nach dem Hüden zu schlendern und auf ein paar Minuten die Schlüssel heimlich von dem Nagel zu nehmen, an dem sie immer, wenn nicht gebraucht, hing. Hatte ich sie, so wollte ich die Gartenthüre aufschließen und sie so bis zum Morgen lassen; darnach mich hinter einer dicken Hecke, welche eine Ecke des Baumgangs einnahm, verbergen und dann das Weitere abwarten. Allein der Plan sollte mir vereitelt werden, denn als Herr Kedze kam, lud er mich zum Mittagessen auf jenen Abend bei ihm ein, und machte die Einladung so dringlich, daß ich sie, so wenig mir der Mann gefiel, mit Grund nicht gut abschlagen konnte. Uebrigens nahm ich sie minder widerwillig an, als wohl zu einer andern Zeit, denn ich fühlte mich in eine fast krankhafte Nervenaufregung als Folge meines vielen Verkehrens mit Schatz-

den Hofgerichts-Sekretär von Stetten in Mannheim zum Amtsrichter in Salem, den Hofgerichts-Sekretär Wundt in Bruchsal zum Amtsrichter in Lahr, den Referendar Ganguß in Mannheim zum Hofgerichts-Sekretär daselbst, den Referendar Adrian Pfaff in Dreisach zum Amtsrichter in Pfullendorf, den Referendar Franz Junghanns in Karlsruhe zum Amtsrichter in Wehrloch, den Referendar Mar von Heiligenstein in Bruchsal zum Hofgerichts-Sekretär daselbst, den Referendar August Eisenlohr in Karlsruhe zum Sekretär bei dem Justizministerium zu ernennen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 20. September d. J. gnädigst bewogen gefunden:

den Oberzolllinspektor Cramer in Freiburg seiner Bitte gemäß wegen Kränklichkeit, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistungen, in den Ruhestand zu versetzen; den Oberzolllinspektor Baumann vom Hauptsteueramt Thiengen zum Hauptzollamt Rehl, den Hauptzollamts-Berwalter Bedt vom Hauptsteueramt Ludwigsbären zum Hauptzollamt Konstanz, den Hauptzollamts-Berwalter Blymann vom Hauptsteueramt bei Rheinfelden zu jenem in Karlsruhe, den Hauptzollamts-Berwalter Gessel vom Hauptzollamt bei Schupferrinsel zum Hauptsteueramt bei Rheinfelden, sämtlich in ihrer bisherigen Eigenschaft, zu versetzen; den Hauptzollamts-Berwalter Sachs beim Hauptsteueramt Freiburg zum Oberinspektor bei eben diesem Hauptsteueramt zu befördern; die Stelle des Oberinspektors bei dem Hauptsteueramt bei Rheinfelden dem Hauptzollamts-Berwalter Rost in Konstanz, die Stelle des Oberinspektors bei dem Hauptsteueramt Altbreisach dem Hauptzollamts-Berwalter Gromann in Karlsruhe, die Stelle des Oberinspektors beim Hauptsteueramt Thiengen dem Hauptzollamts-Berwalter von Senzberg in Rehl, provisorisch zu übertragen; den Hauptamtskontrollleur Seuffert in Wertheim provisorisch zum Hauptzollamts-Berwalter beim Hauptzollamt bei Schupferrinsel zu ernennen; folgende Hauptzollamts-Kontrollleure zu Hauptzollamts-Berwaltern zu befördern: für das Hauptsteueramt Freiburg den Kontrollleur Horg daselbst, für das Hauptzollamt Rehl den Kontrollleur Wicker daselbst, für das Hauptsteueramt Ludwigsbären den Kontrollleur Karl Wagner in Thiengen; zu Hauptzollamts-Kontrollleuren zu ernennen: für das Hauptsteueramt Freiburg den Revisor Schmolff bei der Steuerdirektion, für das Hauptsteueramt Altbreisach den Kameralpraktikanten Ludwig Provence von Donaueschingen, für das Hauptsteueramt Wertheim den Kameralpraktikanten Hugo Kleinpell von Buchen,

für das Hauptsteueramt Thiengen den Hauptzollamts-Assistenten Martin Steibing in Rehl; dem Revisor Bohm bei der Direktion der Forste, Berg- und Hüttenwerke den Charakter als Rechnungsrath, dem Registrator Schmidt bei der Hofdomänenkammer den Charakter als Kanzleirath zu ertheilen; den Oberrechnungsrath Gromann bei der Amortisationskasse auf sein unterthänigstes Ansuchen, unter Anerkennung seiner mehr als vierzigjährigen treuen Dienste, in den Ruhestand zu versetzen; dem außerordentlichen Professor Lic. Riehm an der Universität Heidelberg die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großherzoglichen Staatsdienste zu ertheilen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### \* Aus dem preussischen Herrenhause.

Berlin, 10. Okt. Hauptgegenstand der heutigen Sitzung des Herrenhauses ist der Bericht der Budgetkommission über den Gesetzentwurf, betr. den Staatshaushalt für das Jahr 1862. Die Kommission beantragt, wie wir bereits gemeldet, den Etat, wie er aus dem Abgeordnetenhaus hervorgegangen, mit einer Resolution, in welcher die schweren Bedenken gegen die bekannten Abkürzungen enthalten sind, nochmals dem Abgeordnetenhaus zur Erwägung zugehen zu lassen. Ein Amendement (des Hrn. v. Meding), im Fall die obige Resolution und die Budgetaufstellung des Abgeordnetenhauses abgelehnt werden sollte, den von der Regierung ursprünglich vorgelegten Etat für 1862 en bloc anzunehmen, ist in der Kommission mit 9 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden. Graf Arnim-Boisenburg hat den Antrag eingebracht: In Erwägung zc., 1) die Etatsfassung des Hauses der Abgeordneten abzulehnen, 2) den von der Regierung ursprünglich vorgelegten Etat für 1862 anzunehmen. Dr. Brüggemann als Berichterstatter erörtert zunächst die Beschlüsse der Kommission, die auf den Versuch der nochmaligen Anbahnung einer Verständigung hinauslaufen. Der Ministerpräsident, Hr. v. Bismarck-Schönhausen, nimmt das Wort. Er erklärt im Namen der Regierung, daß, nachdem dieselbe jedes mögliche Mittel der Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus, selbst das Eingehen auf das Bindeische Amendement, erschöpft habe, ihr nichts mehr daran liegen könne, auf diesem Wege fortzufahren, der voraussichtlich doch nur den Erfolg haben werde, die Opposition des Abgeordnetenhauses noch schärfer herauszustellen. Graf Kitterberg spricht für die Annahme der Resolution. Der Redner erklärt sich auf das bestimmteste für die Festhaltung der Armeorganisation, deren Wiederaufgabe Preußen von seiner Stellung als Großmacht herabdrängen hieße. Dagegen erklärt er sich dafür, daß jedes Mittel zu einer Ausgleichung versucht und daß deshalb die schweren Bedenken des Hauses zur nochmaligen Erwägung vorgelegt werden sollen. Hr. v. Below erklärt, nicht mit gedrücktem, sondern mit gehobenem Gefühle der gegenwärtigen Lage entgegenzutreten, da sie die Hoffnung gewähre, daß die Regierung die Rechte der Krone und somit den wahren Sinn der Verfassung aufrecht erhalten werde. An eine Verständigung sei nicht mehr zu denken. Die Würde des Hauses verlange, daß es — ohne sich auf weitere Debat-

tenbinden seit den letzten paar Tagen verlegt, und dachte, ein bißchen Gesellschaft würde mir zur Wiederherstellung einer gesünderen Stimmung gut thun. Herr Kedze und ich beschloßen also unsere Arbeiten etwas früher als gewöhnlich und wandelten mit einander nach dem Stadtden, wo ich bei ihm auch übernachten sollte. Es waren so ein halb Duzend Freunde des Herrn Kedze — lauter Junggeheulen wie er — bei Tisch und die Partie eine ganz angenehme. In einer kleinen Stadt, wie Grutzhay-Preis, wo Jedermann weiß was Jedermann treibt, und wo späte Stunden als ein sicheres Zeichen unordentlichen Wandels angesehen werden, muß auf's Evidente gehalten werden; deshalb schob ich mit der vorrückenden Nachtzeit ein Gast nach dem andern, bis zuletzt, als die Mitternachtsstunde schlug, Herr Kedze und ich allein beisammen saßen. Ich hätte mich von Herzen gern alsbald zurückgezogen, allein mein Wirth wollte nichts davon hören; wir mußten noch eine Flasche zusammen ausstechen — er habe mir etwas Besonderes mitzubringen — es sei zu früh zum Aufbrechen u. s. w.; kurz, ich mußte noch eine halbe Stunde aufbleiben. Er hatte bereits der Flasche fleißiger zugeprochen, als ihm gut war, und nun — unter uns — wurde er mit einem Mal so ekhastisch weinselig, daß ich's für die höchste Zeit hielt, mich zurückzuziehen. Nachdem ich also ein Glas zum Abschied getrunken hatte und mit knapper Noth einer Umarmung entgangen war, die er mir im Ueberdruß seiner bezechten Zärtlichkeit hatte antun wollen, bewies ich glücklich meinen Rückzug, rief der Haushälterin und dem kleinen Bedienten aus dem obern Stock und übergab meinen benebelten Gastgeber ihrer Obforge. Ich ging sojelig zu Bett, kam aber nicht in Schlaf. Der Kopf brannte mir wie Feuer, die Haut war mir trocken und ausgebleicht, und die Kehle glühend wie die Gicht eines Hochofens. Ich trank alles Wasser im Zimmer und lag dann, in einer Hüllenmarter von Durst mich umherwerfend, voll Sehnsucht nach dem Tageslicht. Die Diensthofen waren längst zur Ruhe gegangen; nicht ein Laut ließ sich vernehmen im Hause, außer dem Ragen einer Maus hinter dem

Geißel, draußen aber erhob sich der Wind und einzelne schwere Regentropfen schlugen an das Fenster. Da mit einem Mal hörte ich einen Ton, wie von Jemand, der die Treppe hinaufsteigend. War's vielleicht eines der Diensthofen, das doch noch nicht schlafen gegangen war? oder Kedze selber? Ja gewiß war er's, der wohl wie ich, von Durst gequält, diesen zu trinken, im untern Stock gewesen war. Und doch hatte ich ihn nie seit Zimmer verlassen hören, in das ihn vor mehr als einer Stunde sein kleiner Diener hatte bringen lassen. Die Tritte standen einen Augenblick vor meiner Thür wie im Zweifel still, dann gingen sie weiter über den Vorplatz, und ich hörte eine Thür gegenüber leise öffnen. Von einem unbekanntem Gefühl von Neugier getrieben glitt ich aus dem Bett, zog hurtig und leise meine Pantoffeln und ein paar Kleidungsstücke an, machte behutsam die Thür auf und schlich hinaus auf den Vorplatz. Unter der Thür von Hr. Kedze's Zimmer war ein schwacher Lichtschein und ich konnte die Dielen knarren hören, wie Jemand über den Flur ging. In der Ueberzeugung nun, daß es Niemand anders als Herr Kedze selbst sei, wollte ich schon nach meinem Zimmer zurückkehren, da erfolgte das Licht plötzlich, und ich hatte kaum noch Zeit, mich in eine Vertiefung zwischen einem Schrank und einer altväterischen Kastenmühle zu drücken, so kam schon der ungebetene Gast, wenn's einer war, aus dem Schlafzimmer, streifte hart an mir vorbei und ging schloß die Treppe hinunter, und einen Augenblick darauf hörte ich eine Thür unten öffnen und leise zuziehen. Ich schlüpfte aus der Vertiefung heraus, warf noch ein paar Kleidungsstücke über und stieg die Treppe hinauf, emschloffen, das Abenteuer bis zu Ende zu verfolgen. Ich schob schnell den Riegel der Hausthür so geräuschlos als möglich zurück, sah mich zuerst hurtig und behutsam um, trat hinaus und machte die Thür hinter mir zu. Ich kam gerade recht, um den dunkeln Umriß einer mit hastigen Schritten die Straße hinaus eilenden Mannesgestalt zu sehen. Ich setzte ihr auf der Stelle nach, wobei ich mich sorgfältig dicht an den Häusern hielt und so leicht als möglich auftrat. (Fortsetzung folgt.)

ten einzulassen — das Budget des Abgeordnetenhauses verwerfe.

Oberbürgermeister Hasselbach: Er habe mit aufrichtiger Ueberzeugung von deren Vorzügen 1860 der Armeeorganisation zugestimmt und halte an diesem Votum auch jetzt noch fest. Die großen Vorzüge derselben beständen in der vermehrten allgemeinen Rekrutenaushhebung und in der Zurückstellung der Landwehr in die Reserve. Das schließe natürlich nicht aus, daß die möglichen Ersparnisse gemacht würden. Aber es wäre ein baarer Verrath an den Interessen des Landes sowohl von Seiten des Abgeordnetenhauses als der Regierung, wenn man Millionen für die Organisation von Regimentern ausgegeben hätte in der Voraussetzung, sie nach 6 Monaten wieder nach Hause zu schicken; dem Lande aber müßte möglichst die Kalamität einer Regierung ohne festgestelltes Budget erspart werden. Pflicht des Hauses sei es, jedes Mittel der Ausgleichung zu erschöpfen; deshalb sei er für die Resolution. Wenn das Abgeordnetenhause auch dies zurückweise, dann werde das Haus bei der Ablehnung des verstimelten Budgets die Stimme des Landes für sich haben. Die Grundsteuer sei von dem Herrenhause angenommen worden in der ausdrücklichen Voraussetzung der Armeeorganisation; dies habe selbst 1861 die Thronrede anerkannt, und doch habe nachher das Abgeordnetenhause nochmals extraordinär die Kosten der Reorganisation bewilligt, also die Verpflichtung anerkannt. Damit jeder Vorwurf auf das Abgeordnetenhause falle, bitte er, den letzten Versuch mit den Resolutionen zu machen.

Dr. Zander erklärt, gegen die Resolutionen und für Verwerfung des Budgets aus dem Abgeordnetenhause zu stimmen, dagegen auch die bloße Regierungsvorlage nicht annehmen zu können. Es sei nicht Sache des Hauses, sondern der Regierung, die Verantwortlichkeit dafür auf sich zu nehmen. Hr. v. Diezgardt empfiehlt, die Resolutionen anzunehmen, also die Bedenken dem andern Hause nochmals vorzulegen. Staatsminister a. D. v. Arnim sucht in längerer, oft von Beifall unterbrochener Rede nachzuweisen, daß bei der tendenziösen Stellung des andern Hauses eine nochmalige Zurückweisung zur Erwägung nur Zeitverschwendung sei und der Würde des Hauses als gleichberechtigtem Faktor der Gesetzgebung mit mehr entspreche. Nach dem ausdrücklichen Wortlaut der Verfassung habe das Herrenhaus das vollkommene Recht, auch über den von der Regierung vorgelegten Etat im Ganzen zu beschließen. Preußen müsse seine Stellung als Großmacht behaupten, und das könne nicht anders geschehen, als den Mittelpunkt dieser Stellung immer in der Krone und dem Königthum zu suchen.

Minister a. D. Camphausen spricht sich energisch für die Aufrechterhaltung der Armeeorganisation aus. Den Vorzug, ein Preuze zu sein, könne man nicht genießen, ohne auch die Verpflichtung anzuerkennen, für die Militärmacht größere Opfer zu bringen. Das Abgeordnetenhause habe nur, um andere Zwecke zu erreichen, weniger bewilligt, als es früher selbst als notwendig für die Stellung des Staates erkannt habe. Der Unterschied in der Situation sei nur, daß der Antrag des Grafen Arnim verlange, daß das Herrenhaus die Verantwortung für den veränderten Etat übernehme, während er der Ansicht sei, daß dies bei der — ausschließlich der Militär-Organisationskosten — sehr geringen Differenz bis zum Austrag in der nächsten Session Sache der Regierung sei. Die Rede wird gleichfalls von vielem Beifall begleitet. Präsi. Dr. Göge entwickelt juristisch das Recht des Herrenhauses auf Annahme des Regierungsbudgets.

Bürgermeister Nächsteg (Görlich) empfiehlt gleichfalls die Annahme der Resolution; Oberpräsident a. D. v. Meißing für die Annahme des Regierungsbudgets. In Folge zweier Anträge auf Verlegung wird die Debatte 3 1/2 Uhr geschlossen. Nächste Sitzung Samstag. Es waren im Ganzen eingeschrieben 17 Redner; für die Resolutionen 4, dagegen 13.

### Zum deutschen Handelstags.

München, 10. Okt. Ueber die Verhandlungen der Vorcommission des deutschen Handelstags bin ich in der Lage, Ihnen folgende weitere Mittheilungen zu machen. In der zuerst auf der Tagesordnung stehenden Frage über die Zollvereinigung mit Oesterreich stellte der österreichische Berichterstatter, Wertheim aus Wien, einen Antrag, wonach der Zollverein noch vor Abschluß des französischen Handelsvertrags in Unterhandlung mit Oesterreich treten solle, um die sowohl durch Vertrag als die beiderseitigen materiellen Interessen begründete Zollvereinigung beider Staatsgruppen zu erzielen. Der zweite Berichterstatter, Dr. Weigel aus Breslau, begründet die gegentheilige Ansicht, daß es weder im Rechte, noch in den diesseitigen Interessen begründet sei, auf eine derartige Zollvereinigung einzugehen.

Bei der Connerität, in welcher alle diese Fragen stehen, knüpfen die HH. Hansemann, Pusch und Hurgig hieran einen sich auf die Organisation des Zollvereins beziehenden Antrag an, wonach im Wesentlichen Oesterreich zum Zollverein in das Verhältnis eines Zollverbündeten treten, für die Mehrzahl der beiderseitigen Industrie- und Bodenerzeugnisse Verkehrsfreiheit herrschen, die entsprechenden beiderseitigen Eingangstarife und folgerweise auch die Einnahmen aus denselben gemeinschaftlich sein, im Uebrigen aber die Verwahrung beider Zollgebiete getrennt bleiben sollen. Die Diskussion über diesen Antrag ergab dem Vernehmen nach sehr bald, daß Art. 31 des Handelsvertrags für das Verhältnis zu Oesterreich präjudizial sei oder wenigstens sein könne. Der Wortlaut dieses Artikels, durch welchen sich Frankreich und der Zollverein die Rechte der meistbegünstigten Staaten einräumen, läßt es nämlich zweifelhaft, ob mit dem Ablauf des Vertrags vom 19. Febr. 1853 der Zollverein an Oesterreich noch günstigere Tarifsätze gewähren kann, als sie im Tarif B. des Handelsvertrags mit Frankreich diesem letztern Staat gegenüber eingeräumt sind. Darüber soll in dem bleibenden Ausschuss keine Meinungsverschiedenheit geherrscht haben, daß es sehr zu beklagen

wäre, wenn nach dem Jahr 1865 im Verkehr des Zollvereins mit Oesterreich die Zölle statt niedriger höher werden sollten. Eine Ansicht glaubte jedoch den Artikel 31 so auszulegen zu müssen, daß eine Benachtheiligung des bisherigen Verhältnisses zu Oesterreich nicht daraus folge. Die Mitglieder aus Oesterreich und Süddeutschland erklärten jedoch eine Erläuterung oder Verbesserung des Artikels 31 dahin, daß die Verkehrsvereinfachungen zwischen dem Zollverein und Oesterreich nicht nur bestehen bleiben, sondern auch noch weiter ausgedehnt werden können, für eine Vorbedingung des Abschlusses des Handelsvertrags. Wie man versichern hört, sollen sich auch zwei Mitglieder aus Preußen, Hansemann und ein Hr. Wesenfeld aus Barmen, dieser Auffassung angeschlossen haben; ebenso äußerte sich der Abgeordnete für Hannover; von anderer und nicht bloß preussischer Seite wird dagegen die Fortsetzung des erleichterten Verkehrs mit Oesterreich nur vorbehaltlich der Möglichkeit desselben nach Abschluß des Handelsvertrags befürwortet, vor Allem aber die Aufrechterhaltung des Handelsvertrags mit Frankreich betont.

Von den an die Diskussion sich knüpfenden Anträgen ging keiner so weit, die erwähnte Aenderung des Art. 31 als absolute Bedingung der Annahme des Handelsvertrags zu verlangen, obgleich dieser Standpunkt in der Diskussion mehrfach hervorgetreten ist. Dagegen erklärte es ein von den Oesterreichern und Süddeutschen ausgegangener Antrag für „dringend notwendig“, daß Art. 31 nachträglich die oben erwähnte Erläuterung oder Verbesserung erhalte. Dieser Antrag wurde mit 9 gegen 7 Stimmen angenommen. Bei der Abstimmung fehlten die hier noch nicht anwesenden Mitglieder Claassen-Kappelman, der als entschiedener Freihändler bekannt ist, Dietrich aus Berlin, dessen Abstimmung als Vertreter der Berliner Kaufmannschaft wohl für unbedingte Aufrechterhaltung des Handelsvertrags gelaufen hätte, und Schramm aus Dresden, der vornehmlich den dem Handelsvertrag unbedingt zustimmenden Standpunkt Sachsens eingenommen haben würde. Die Majorität wäre damit schon in der Vorcommission für das Festhalten am Handelsvertrag unter allen Umständen, und damit ein großer Gewinn für die Verhandlung im Plenum erzielt gewesen. Doch wird wohl die Minorität ihren Antrag, der vor Allem die Aufrechterhaltung des französischen Handelsvertrags betont, im Plenum wieder aufgreifen, und soll sie auch beabsichtigen, einen Minoritätsberichterstatter aufzustellen.

Durch die erwähnte Abstimmung war der Standpunkt gegeben, und wurde nach Erledigung dieser Präjudizialfrage in der Diskussion über die Zollvereinigung mit Oesterreich fortgesetzt, und schließlich mit großer Majorität gegen die Vorschläge Hansemanns und des österreichischen Berichterstatters ein Antrag angenommen, der lediglich die Fortdauer des durch den Februarvertrag von 1853 begründeten Verhältnisses, beziehungsweise eine weitere Ausbildung desselben bei vollständiger Selbstständigkeit der beiden Zollgebiete befürwortet. Hiermit war der erste Gegenstand der Tagesordnung erledigt.

München, 10. Okt. Bei der zweiten Frage, welche die Vorcommission des deutschen Handelstags in Beratung zog, Reform des Zollvereins, legte, wie schon mitgeteilt, Präsident Hansemann ein ins Einzelne ausgearbeitetes, auf seine früheren bekannnten Vorschläge zurückgehendes Promemoria vor. Auch diejenigen, welche diese detaillirten Vorschläge befürworteten, erkannten wohl, daß deren genaue Prüfung und Beratung durch eine so zahlreiche Versammlung, wie der Handelstag, nicht thunlich sei; es konnte sich also nur darum handeln, dieselben den Zollvereins-Regierungen zur Berücksichtigung zu empfehlen. Allein auch zu einer solchen Befürwortung scheint die Vorcommission nicht geneigt gewesen zu sein. Wir vernahmen nämlich, daß schließlich einstimmig ein Antrag angenommen wurde, welcher die Auflösung des Zollvereins als ein großes Unglück für die sämtlichen Zollvereins-Staaten erklärt, zur Abwendung ähnlicher Gefahr in Zukunft eine Reform der Zollvereins-Verfassung für absolut notwendig erachtet, hinsichtlich der Art und Weise dieser Reform den Beschluß des vorjährigen Heidelberger Handelstags wiederholt, und die Materialien des Hrn. Hansemann den Zollvereins-Regierungen zu baldiger und eingehender Erwägung übergibt.

Heute wird sodann die Kommission die Verhandlung über den dritten Hauptgegenstand, den Handelsvertrag mit Frankreich, beginnen, der zum Theil allerdings schon durch die Präjudizialfrage über Art. 31 erledigt ist.

München, 9. Okt. Man schreibt der „Allgem. Ztg.“: Die Referenten für die Frage „Erhaltung und bessere Organisation des Zollvereins“, die HH. Hansemann und Hurgig, haben dem bleibenden Ausschuss die Annahme von fünf Resolutionen als Vorlage für den deutschen Handelstag empfohlen. Dieselben gehen dahin:

- 1) Die Auflösung des Zollvereins würde unheilvoll für sämtliche ihm angehörige Staaten sein, und die Gefahr, daß ein so unglückliches Ereigniß eintreten könne, muß vollständig beseitigt werden. Zur Erreichung dieses Zweckes sind die in den folgenden Resolutionen bezeichneten Maßnahmen dringend notwendig.
- 2) Die Regierungen der Zollvereins-Staaten werden ersucht, unverzüglich in Beratung zu treten, um sich über einen Vertrag zu einigen, der die dauernde Erhaltung des Zollvereins sichert und zu dem Ende eine bessere Organisation desselben errichtet.
- 3) Die Zollvereins-Regierungen werden ferner gebeten, ebenfalls unverzüglich mit Oesterreich in Verhandlung zu treten, um im Sinn des Art. 6 der in der Anlage aufgestellten Grundlagen ein Zollbündnis abzuschließen. Durch dasselbe ist ein gegenseitig zollfreier Verkehr für fast alle Erzeugnisse des Bodens und der Industrie, und für dieselben ein gleichmäßiger Zolltarif zu vereinbaren.
- 4) Bei Festsetzung dieses gleichmäßigen Tarifs ist die durch den mit Frankreich vereinbarten Handelsvertrag angebotene Tarifform als Grundlage zu berücksichtigen, damit nicht nur die Segnungen des freien Verkehrs auf den mit Oesterreich ausgehenden, sondern auch die Vortheile eines erweiterten Waarenaustausches mit fremden Staaten, insbesondere mit Frankreich, erlangt werden mögen.
- 5) Die betreffenden Regierungen werden ersucht, auf Grund der Tarifreform den definitiven Abschluß des Handelsvertrags mit Frankreich zu befördern, und sie werden um

so gewisser dieses Resultat erlangen, als der Vertrag, wenn er zugleich den Zollverein und Oesterreich begünstigt, für Frankreich einen doppelten, einige wenigen Modifikationen reichlich kompensirenden Werth hat.

Die Anlagen enthalten sodann einen Entwurf der Grundlagen zu einem Vertrag, welcher ein Direktorium des deutschen Zollvereins mit dem Sitz in Berlin als dauernde kollegiale Zentralverwaltung und eine Repräsentativversammlung der zollvereinten Staaten vorschlägt, auf die das Recht der ständischen Zustimmung in den Einzelstaaten zu Gesetzen über Zölle und Abgaben, Handelsverträge und sonstige Angelegenheiten des Zollvereins zu übertragen sein würde. Der Zollverein soll nicht mehr auf Zeit geschlossen werden, sondern dauernd sein, so daß Auflösung und Austritt an im voraus festgesetzte Bedingungen geknüpft wird. Die Repräsentativversammlung würde in erster Abtheilung bestehen aus Abgeordneten der Landtage, in zweiter Abtheilung aus Abgeordneten, welche aus eigens angeordneten Wahlen in den Zollvereins-Staaten hervorgängen. Hinzugefügt ist eine Reihe erläuternder und motivirender Anmerkungen.

Die meisten deutschen Regierungen, die ein besonderes Interesse an den auf dem Handelstag zu beratenden Fragen nehmen, werden Kommissäre zum Handelstag schicken, um mit den Abgeordneten ihrer Staaten in behändiger Verbindung zu bleiben. Von Seiten Hannovers sind der Geh. Finanzrath v. Kleck und Regierungsrath Schow angemeldet oder schon eingetroffen.

### Deutschland.

Karlsruhe, 11. Okt. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 49 enthält (außer Personalnachrichten):

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachung des großh. Ministeriums des Innern. Die Staatsgenehmigung von Stiftungen betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums. Die dritte diesjährige Gewinnziehung des Lotterielebens der Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse zu 14 Millionen Gulden vom Jahr 1845 betreffend.

II. Diensterledigung. Eine Lehrstelle am Lyceum in Wertheim mit einer Besoldung von vorerst 800 fl., welche durch einen philologisch gebildeten Lehrer, evangelischer Konfession, wieder besetzt werden soll und zu welcher der fürstlich Löwenstein-Bertheims-Stubenbergschen und Löwenstein-Bertheim-Rosenbergschen Standesherrschaft gemeinsam das Präsentationsrecht zusteht.

Aus Süddeutschland, 9. Okt. Man schreibt dem „Nürn. Corr.“: „Wie von gewöhnlich gut unterrichteter Seite mitgeteilt wird, haben die bayrische und die württembergische Regierung sich über ein gemeinsames einzuhaltenes Verfahren in Bezug auf die schwebenden handelspolitischen Fragen vollständig geeinigt. Es wird versichert, beide genannte Regierungen würden in kurzem, und zwar gleichzeitig, eine alsbaldige Berufung einer außerordentlichen Zollvereins-Konferenz beantragen, zu dem Zweck, daß dieselbe über gewisse für notwendig erachtete Aenderungen der in dem französisch-preussischen Handelsvertrags-Entwurf enthaltenen Tarifbestimmungen, sowie über die Zollvereinigungs-Vorschläge Oesterreichs in Beratung trete und diesfällige Beschlüsse fasse. Die bayrische und die württembergische Regierung würden bei diesem Anlasse ihre Geneigtheit kundgeben, sich ihrer Seite selbst zu solchen Zugeständnissen zu entschließen, welche mit Opfern von Seiten der süddeutschen Industrie verknüpft sein würden; sie würden diesen Preis nicht zu hoch halten, um den Fortbestand des Zollvereins zu sichern; aber es würde auch darauf gedrungen werden müssen, eine solche Lage zu schaffen, daß eine Zollvereinigung mit Oesterreich nicht zu einer Unmöglichkeit gemacht würde.“

Wiesbaden, 9. Okt. (Fr. Z.) Der Gewerbeverein für das Herzogthum Nassau hat auf seiner letzten Generalversammlung beschlossen, sich auf dem zu München stattfindenden Handelstag durch den Präsidenten der Zweiten Kammer, Procurator W. Braun, vertreten zu lassen. Da bei uns noch keine Handelskammern bestehen, so ist das Bestreben des Gewerbevereins, auch die merkantilen Interessen des Herzogthums zu vertreten, anerkennenswert.

Kassel, 8. Okt. (Sch. M.) Es scheint, daß die Einberufung der Stände gegen Ende dieses Monats, wie es heißt um den 28., stattfinden werde. Ueber die nächsten Vorlagen vernimmt man noch nichts Bestimmtes. Während Bilmars und die „Hessenzitung“ das Wahlgesetz von 1860 zurückverlangen, soll das Ministerium einfach auf 1831 zurückgehen wollen, ein Plan, der bekanntlich auch dem Programm des gescheiterten Ministeriums Wiegand-Vosberg entspricht. Ob Wiegand und Zschlag auch als Mitglieder des nächsten Landtags eine gleiche oder ähnliche Ansicht geltend machen werden, steht dahin. Jedenfalls sind sie der Meinung nicht zugehen, daß die Wahlbestimmungen von 1849 unverändert beizubehalten seien. Erwägt man nun, daß die Hanauer Demokraten gar Nichts ändern wollen, so läßt sich eine bedeutende Meinungsverschiedenheit hinsichtlich der Wahlereinigungen nicht verkennen. Es wird damit aber auch klar, daß die vielbesprochenen Decker'schen Aenderungsvorschläge zum Wahlgesetz von 1849 noch immer geeignet sind, als Boden der Einigung und Einheit zu gelten.

Leipzig, 8. Okt. (Nbr.) Eine vom Professor Roggmaier im hiesigen „Tagblatt“ erlassene Aufforderung zu einer Versammlung, um der Majorität des preussischen Abgeordnetenhauses eine Dankadresse zu votiren, führte heute Abend wohl über 800 Männer aller Stände in dem großen Saale des Deons zusammen. Roggmaier bezeichnete die Tage des 6. und 7. Okt. mit Rücksicht auf die Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhause als zwei Tage, welche zu den denkwürdigsten der Entwicklungsgeschichte des deutschen Volkes gehörten. Den Männern, die in großer Zahl dort für Volksrecht gekämpft, gebühre nicht eine Vertrauensadresse, sondern eine Dankadresse für Das, was sie nicht für Preußen,

sondern für Deutschland gethan. Er schlage daher vor, folgende, von ihm verfasste Adresse an das preussische Abgeordnetenhause zu erlassen:

An das Haus der Abgeordneten in Berlin! Es ist uns der warmste Ausdruck des in uns lebenden nationalen Einheitsgefühls, daß wir Alle, welchem der getrennten Theile Deutschlands wir auch angehören mögen, denselben wie Ihre Wähler, die gleiche Noth Befriedigung über Ihre treue und mannhafte Vertretung des Rechts und der Ehre desselben empfinden, und indem es uns drängt, diesen Worten zu geben, so klängen auch Ihnen, verehrte Männer, unsere Worte nicht wie Grüße aus der Fremde, sondern, wir dürfen dessen gewiß sein, Sie hören in ihnen den aus der Brust sich einzig führender Deutschen hervortretenden Brudergruß. Sie und Ihre Wähler haben die Jahre 1861 und 1862 zu leuchtenden Keypunkten in dem, ein Menschenalter überspannenden Gewölbe des Verfassungskampfes erhoben; denn nach jeglichen halb oder ganz vergeblichen und nie zu dauernden Zuständen gediehenen Versuchen, an die Stelle des gleichenden Scheins das unverfälschte Wahre des Verfassungsstaats zu setzen, sind Sie es, die Vertreter von achtzehn Millionen Deutschen, welche in unbeugsamer Beachtlichkeit den Kampf auf den Punkt konzentrierten, wo allein Antrag und Sieg zu hoffen ist; — sind Sie es, welche dem ganzen deutschen Volk das Auge klar und den Geist gewiß machen, daß es nun weiß, was sein Recht ist, weiß, daß es fortin seine eigene Schuld ist, wenn ihm sein Recht nicht wird. — Der bisher leeren Phrasen der moralischen Erörterungen haben Sie einen dauernden, einen lebendig fortzujugenden Inhalt gegeben. Ja, Sie haben Deutschland erobert, das Deutschland, was noch auf seiner Landkarte verzeichnet ist, was aber in Millionen Herzen pulst und — Dank jumeil auch Ihnen, nicht mehr lange vergeblich nach Gestaltung ringen wird. Die Zeit der Ländereroberungen ist für unsem Welttheil vorüber; denn die Nationen wollen mit einander in Frieden leben; — es bleibt nur der Wettkampf fleißiger Völker und Erreichung der höchsten Stufe eines menschenwürdigen Daseins. Ja, die Menschenwürde ist es, nichts weiter, aber wahrlich nichts Geringeres, was Sie, in dem Volk, zu dem wir Alle gehören, zur Würde und zur Anerkennung bringen wollen. — Der Gedanke der Menschheit dankt es Ihnen und die Geschichte schreibt es mit unverlöschlichen Lettern in ihr Buch. Leipzig, 8. Oct. 1862. (Folgen die Unterschriften.)

Die Adresse wurde nach Inhalt und Form einstimmig ohne Debatte genehmigt, und beschlossen, dieselbe mit einem Begleitenscheiben des Verfassers mit den die Zahl von 700 erreichenden Unterschriften von Männern aus Leipzig und allen Gauen Deutschlands an den Abg. Dr. Walder in Berlin abzusenden. Ein zum Schluß gestellter Antrag, die Versammlung möge teigigapptisch Garibaldi ihre Anerkennung zollen und sich nach seinem Befinden erkundigen, wurde als hieher nicht gehörig abgelehnt.

**Berlin, 9. Okt.** Das Abgeordnetenhause beschäftigt sich heute mit der Spezialdebatte über die außerordentlichen Bedürfnisse der Marineverwaltung für das Jahr 1862.

Der Abg. Köppl (Danzig) hat ein Amendement gestellt, darin gebend, daß der Marineminister ermächtigt sein solle, zur Beschaffung von drei Panzerbooten 600,000 Thlr. aus dem Staatskassage zu entnehmen. Abg. Reichardt im gegen das Amendement. Zwischen gestern und heute sei so viel Spielraum gewesen, daß der Hr. Finanzminister sich vielleicht jetzt schon habe besonnen, aus welcher Quelle er die Mittel für die Organisation der Flotte beschaffen wolle.

Der Finanzminister: Er habe seinen gestrigen Erklärungen Nichts hinzuzufügen. In den verflochtenen 24 Stunden habe sich Nichts geändert. Er könne dem Hause erklären, die Staatsregierung wolle nicht die Geldmittel definitiv aus dem Staatskassage entnehmen. Vorkaufs verlange die Staatsregierung nur auf ein Jahr die Mittel; wenn sie in Zukunft mehr Gelder verlangen müsse, dann werde sie dem Hause auch mittheilen, auf welche Weise dieselben beschafft werden sollen. Inzwischen wolle er nur sagen, daß die Regierung weder beachtliche, neue Steuern zu erheben, noch neue Anleihen zu kontrahieren. Der Kriegsminister: Die Staatsregierung könne nicht davon absehen, die geforderte Summe nur vor schußweise aus dem Staatskassage zu entnehmen. In Betreff der Beschaffung der Mittel für die künftige Organisation habe der Hr. Finanzminister erklärt, daß die Staatsregierung dies bisher noch als eine offene Frage betrachte. Dies, glaube er, würde dem Hause doch vorläufig genügen.

Abg. Köppl zieht auf diese Erklärungen sein Amendement zurück. Abg. Stavenhagen nimmt es wieder auf. Abg. Schulte-Delitzsch: Bei dem vorhandenen Konflikt könne dem Ministerium solche Summe nicht bewilligt werden. So lange Preußen seine inneren Zustände nicht geordnet, würden ihm die deutschen Sympathien fehlen. Abg. Stavenhagen beschwört die Versammlung, im Interesse der hochwichtigen Sache das Amendement anzunehmen. Abg. Birchow: Das Ministerium möge die Indemnität nachsuchen, dann würde das Haus erwägen, in wie weit es dieselbe ertheilen könne. Der Kriegsminister: Er habe gestern gesagt, die Regierung sei in Betreff des Ankaufs der Uebungschiffe und in Betreff der in Angriff zu nehmenden Schiffsbauten Verbindlichkeiten eingegangen, welchen sie nachkommen müsse. Er wolle dem heute hinzufügen, daß diese Verbindlichkeiten keine vertragsmäßigen seien; jedoch müsse er darauf hinweisen, daß die Ehre der Regierung dadurch berührt werde. Was den Ankauf der Schiffe in England betreffe, so habe er geglaubt, bei der Dringlichkeit der Sache die Verantwortlichkeit beim Abschluß des Ankaufs nicht nur auf sich nehmen zu können, sondern auch auf sich nehmen zu müssen.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird das Wort „vor schußweise“ aus dem §. 2 der Regierungsvorlage dennoch abgelehnt. Es folgen verschiedene Erklärungen der Abgg. Hartfort, Steinhardt und des Regierungskommissärs. Der Kriegsminister: Ich komme, um die Debatte über diesen Gegenstand abzuschließen, auf meine früheren Erklärungen zurück. Ich habe gesagt, daß ich die Verantwortlichkeit für den Ankauf der Schiffe selbst übernommen habe; ich bleibe auch jetzt noch bei dieser Erklärung; indem ich aber daran festhalte, habe ich allerdings der gesetzmäßigen Genehmigung der Landesvertretung vorgegriffen, und insofern dies geschehen, suche ich hiermit ausdrücklich die Indemnität des hohen Hauses nach. (Allgemeines Bravo — große Bewegung im Hause. Die Abgeordneten bilden Gruppen. Einige nächstfolgende Redner

bleiben nun vollkommen unverständlich.) Abg. Birchow: Die Erklärung des Ministers sei zwar von großer Bedeutung; da er aber keine speziellen Mittheilungen gemacht, so müsse er den Antrag stellen, die Sache nochmals an die Kommission zu verweisen. Abg. Stavenhagen gegen den Antrag, ebenso Abg. v. Vinke. Wenn die Herren wirklich so verständlich seien, wie sie immer von sich behaupteten, dann wisse er wirklich nicht, warum der Antrag noch einmal in die Kommission verwiesen werden solle. (Lärm.) Abg. Wachsmuth für, Abg. Gneist gegen den Antrag. Abg. Meibauer für den Antrag. In der ersten freudigen Aufregung über das Indemnitätsgesuch des Ministers könne das Haus keinen Beschluß fassen. Abg. Reichensperger (Besum): Die Herren sollten sagen: Verweisung der Erklärung an ihre Fraktion, aber nicht an die Kommission. (Große Lärme.) Der Kriegsminister: Er habe gar nicht geglaubt, daß seine Erklärung eine solche drastische Wirkung hervorbringen werde. Würde seine Erklärung so aufgefaßt, als habe er damit sagen wollen: „bitte gehoramt um Entschuldigung für angerichteten Schaden“, so müsse er sich gegen solche Auffassung auf das entschiedenste erklären; er habe keinen Schaden angerichtet, sondern nur Nutzen gestiftet. Abg. Birchow zieht hierauf seinen Antrag zurück.

Zum Schluß nimmt der Finanzminister noch einmal das Wort, um die heute gleich Anfangs abgegebenen Erklärungen nochmals und ausführlicher zu wiederholen. Bei der darauf folgenden Abstimmung werden sämtliche Positionen abgelehnt, nur die Position zur Beschaffung von Uebungsschiffen, 200,000 Thlr. (für welche der Kriegsminister die Indemnität forderte), wird angenommen.

Es folgt die Verabhandlung über die von der Kommission vorgeschlagene Resolution: Das Haus wolle beschließen: die Staatsregierung anzufordern, dem Landtage in der nächsten Session einen vollständigen Plan zur schleunigen Entwicklung der Kriegsmarine nebst Nachweis der zur Ausführung dieses Plans erforderlichen, der Finanzkraft des Landes entsprechenden Deckungsmittel zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen. Die Resolution wird angenommen. Damit ist der Etat erledigt.

**Wien, 7. Okt. (N. Nachr.)** Zwischen dem Centralausschuß des deutschen Handelsstags und den Delegirten Wiens und Prags ist ein Konflikt ausgebrochen. Bekanntlich haben in den letztgenannten Städten je drei Korporationen (Handelsverein, Handelskammer und Gewerbeverein) Vertreter zu der Münchener Versammlung abzusenden beschlossen, wozu jede der beiden Städte auch drei Stimmen für sich in Anspruch nimmt. In der letzten Stunde gelangte nun an sämtliche erwähnte Körperschaften eine Zuschrift des Centralausschusses, worin denselben beiderlei wird, daß sie nur als Vertreter je einer Stadt angesehen, und ihnen somit auch nur je eine Stimme (nämlich eine für Wien und eine für Prag) zugewandten werden kann, weshalb an sie die Anforderung ergelie, sich in diesem Sinne zu einigen. Dem Vernehmen nach gedachten die betreffenden Korporationen vorläufig gegen die Zuschrift und deren etwaige Konsequenzen Protest einzulegen, und die Entscheidung der in derselben angeregten Frage dem Plenum des Handelsstags anheimzugeben.

**Italien.**  
**Turin, 10. Okt.** Die österreichische Regierung hat eine Proklamation in Form eines Schreibens an die ungarische Legion gerichtet, worin sie allen Emigranten, die zurückkehren, Begnadigung verspricht. General Turr hat dieses Aktienstück seinen Gefährten mitgetheilt und erklärt, daß es, trotz ihres Engagements, Jedem frei stünde, zurückzukehren. Man versichert, daß Alle sich geweiht haben. (?)

**Palermo, 10. Okt.** wurden in Palermo nicht weniger als 133 Camorristen verhaftet. Zugleich fielen der Polizei die Papiere und die Kasse der in Palermo auf eben so großartigem Fuß wie in Neapel organisierten Camorra in die Hände.

**Frankreich.**

**Paris, 10. Okt.** Hr. v. Nigra, welcher in Paris eingetroffen, überbringt neue Vorschläge Rattazzi's wegen Lösung der römischen Frage, und wenn die Eröffnungen des Hrn. v. Nigra ein günstiges Ohr finden, so wird Rattazzi selbst am nächsten Montag hier ankommen. — Heute versammelte sich in St. Cloud der Ministerrat unter Vorsitz des Kaisers, und es ist wahrscheinlich, daß die Turiner Eröffnungen Gegenstand der Beratungen bitreten. — In Turin ist müllerweil, was auch die Zeitungen Gegenständliches behaupten, das Kabinett in vollständiger Auflösung, und nur aus Hingebung für Victor Emanuel, wahrscheinlich auch in der Hoffnung, daß der Kaiser Napoleon sich dennoch bewegen lassen werde, hilfreiche Hand zu reichen. — haben die Mitglieder eingewilligt, ihre Portefeuilles bis Ende dieses Monats zu behalten. — Als Nachfolger des Hrn. v. Lavallette in Rom nennt man neuerdings Hrn. De la Tour d'Auvergne. Dieser Diplomat gilt als ein eifriger Anhänger des Papstes, und ist deshalb, unter den obwaltenden Umständen, dieses Gerücht nur mit größter Vorsicht aufzunehmen. Gewiß ist nur so viel, daß der Fürst, welcher sich gegenwärtig in Paris befindet, aufgefordert wurde, vorerst nicht auf seinen Posten zurückzukehren und die weiteren Befehle Sr. Majestät abzuwarten. — Frau v. Thovenel ist seit mehreren Monaten krank; sei vorgestern hat sich ihr Zustand derart verkomplimentert, daß die Ärzte an ihrem Auskommen zweifeln. — Hr. v. Lessep hat Paris verlassen und ist nach Egypten abgereist; man glaubt daraus schließen zu können, daß Prinz Napoleon auf seine Reite dorthin nicht verzichtet hat. — Die heute vom „Monteur“ veröffentlichte Bilanz der Franz. Bank befindet eine gewisse Wiederbelebung der Geschäfte, welche durch die Jahreszeit, durch den Umsatz in Getreide und Wein freilich gewissermaßen bedingt ist. Während der Metallporrath sich um 33 Millionen von 375 auf 342 Millionen verminderte, erfuhr die Wechselbestände eine Zunahme von 66 Millionen, und stiegen auf 526 Millionen.

Der Banknoten-Umlauf hat sich um 31 Millionen vermehrt, und beträgt 792 Millionen. Vom Standpunkt der Börse aus ist dagegen der Monatsausweis ungünstig. Die Vorschüsse auf Rente (deren Klassifikation nach Hrn. Fould vollständig ist) haben nur um die winzige Summe von 1 Million abgenommen, und betragen noch 98 Millionen, während gleichzeitig die Vorschüsse auf Eisenbahn-Aktien und Obligationen von 81 auf 86 1/2 Mill. stiegen. Auch dauerte an der Börse der Kampf zwischen Hausiers und Baissiers um den 72er fort. Nach 72.10 schließt Rente 71.90. Nov. 1195 nach 1220. Ital. Rente 73.95 nach 74.20.

**Großbritannien.**

**London, 9. Okt.** Die Ausstellungscommission macht bekannt, daß der Prinz von Wales mit der Billigung der Königin beschlossen hat, zu Anfang des Jahres 1863 im Ausstellungsgebäude eine Staatszeremonie abzuhalten und die Medaillen, sowie die Zeugnisse ehrenvoller Erwähnung zu verteilen. Wie sich von selbst versteht, ist die Zeremonie in den ersten Monat des nächsten Jahres verlegt worden, weil dann die volle Trauerzeit um den Tod des Prinzen-Gemahls verfloßen sein wird. Sie wird vermuthlich vor dem 10. Jan., und zwar Abends bei Gasbeleuchtung stattfinden. Alle Inhaber von Saisonkarten werden freien Zutritt haben und andere Personen gegen die Erlegung von 1 Pfd. St. das Schauspiel genießen können. Der Schluß der Ausstellung fällt auf einen Freitag, den 31. d. M. Vom Montag den 3. Nov. bis Samstag den 15. wird das Gebäude wieder gegen höhere Preise zum Verkauf von Artikeln offen sein und dann ohne alle Zeremonie geschlossen werden. Die Ausräumung des Gebäudes beginnt dann am 17. November. Gestern fiel die Besucherzahl wieder auf 40,165.

**Amerika.**

**New-York, 27. Sept. (Per „Edinburgh“.)** Die Unions-truppen haben Harper's Ferry wieder besetzt. Die Nachrichten aus Kentucky sind verworren und widersprechend. Gerüchte gehen noch immer von Ministerwechseln. Hr. Se ward soll als Gesandter nach England gehen, und im Kabinett durch Hrn. Everett ersetzt werden. Um den englischen Gesandtschaftsreisen soll sich auch Hr. Ch. Sumner bewerben. 97 von General Pope's Offizieren sind aus Richmond gegen Ehrenwort entlassen worden. General Davis schoß auf den General Nelson, der in Louisville kommandirt, und tödtete ihn auf dem Fleck. Die Veranlassung war ein persönlicher Zwist in Galt House.

**Baden.**

**St. Pforzheim, 10. Okt.** In der gestern Abend stattgefundenen Monatsversammlung der hiesigen Mitglieder des Nationalvereins, bei welcher nach nunmehriger Sitze — das nämlich fortan ein Wechsel eintreten soll — das Vorstandsmitglied Hr. C. E. Kobred den Vorsitz hatte, erhaltete zunächst Hr. Direktor Dr. Lamey überfälligen Bericht über die Weimarer Abgeordnetensammlung, an welcher er mit andern badischen früheren und jetzigen Kommerzienmitgliedern Theil genommen hatte. Als zweiter Redner sprach Hr. M. Müller; er wünschte die Veranlassung von regelmäßigen Vorträgen von hiesigen und auswärtigen Kräften, die zur Förderung der Vereinsangelegenheiten dienen. Hr. Rechtsanwält Hr. Grimm machte im Namen des Vorstandes Mittheilungen über die in Koburg von dem Nationalvereins-Ausschuße gefaßten Beschlüsse. Nach noch einigen andern minder wesentlichen Besprechungen, wovon wir aber doch noch anführen wollen, daß sich Hr. E. Dentig gegen eine Verbindung der in die allgemeine Vereinskasse fließenden Mittel aussprach, wurde sodann zur Ergänzungswahl des Ausschusses geschritten, und es befiel nun der gesammte Vorstand des hiesigen Zweigvereins aus den Hrn. G. Böhler, C. Dillmann, J. Dittler, C. F. Christmann, A. Franzmann, Dr. Grimm, A. Homberger, S. Keller, A. Nöcken, C. E. Nöcker, H. Schöber und Ch. Ungerer. Hr. M. Müller hatte abgelehnt.

Das Herbstergewächs in dießseitigen Bezirk ist sehr verschieden. Theilweise hat die Traubenreifezeit arg gehauert; an einzelnen Stellen dagegen ist das Geträgnis ein sehr reiches. Die Qualität ist meistens ein e hül, und sind auch die Preise ansehnlich. 20—25 fl. per Dm, was aber im Allgemeinen durchaus nicht auf eine ausgezeichnete Güte des Geträgnisses schließen läßt, da der neue Wein meistens von hiesigen Wirthschaften gekauft und sogleich verzapft wird.

**St. Mannheim, 10. Okt.** Der große Siennitblock zum Fußgefell des Schillerstänbildes ist gestern Abend im Bahnhofe eingetroffen und werden nach vollendetem Treppenaufbau eben die Maschinen zugerüstet, um denselben an seinen Platz zu bringen. Zur Verbringung von der Bauhütte in Fronten an die Bahn bei Bamberg bedurfte es eines noch härteren Gespannes, als zum Transporte des Hussensteins zu Konstanz; nicht viel weniger Zugkräfte wird man hier bedürfen. Die hiesige Gemeindebehörde hat gestern eine Abordnung, an ihrer Spitze die beiden Bürgermeister, an 33. Kk. Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin entsendet, um das hohe Fürstentum mit dem Enthüllungsfestlichkeiten einzuladen.

Heute sind die Abgeordneten des hiesigen Handelsvereins, Bankier Köster und Professor Schröder, nach München abgereist, nachdem Hr. Abgeordneter Moll als Ausschussmitglied ihnen schon um mehrere Tage vorausgegangen war.

Heute Nachmittag wurde unter großer Theilnahme der gefelligen Kreise hiesiger Stadt der Rentner Joseph Fischer beerdigt, der seiner Zeit in Europa berühmte Sänger, welcher sich seit mehr als 30 Jahren hieher aus dem öffentlichen Leben und Treiben der Kunst zurückgezogen hatte, verselben aber bis in das höchste Alter seine warme Theilnahme widmete.

**Karlsruhe, 11. Okt.** Vorgestern gab Hr. Kratky-Baschil seine erste Vorstellung. Der zahlreiche Besuch bewies, daß das hiesige Publikum die Bedeutung dieses in seinem Fach so bedeutenden Künstlers wohl zu würdigen wußte. Hr. Kratky hat es verstanden, die Zuschauer durch die überraschendsten Leistungen aus dem Gebiet der höhern Magie, worunter Vieles entweder ganz oder doch in der Form neu war, auf das angenehmste zu unterhalten. Seine musikalischen Vorträge sind eine Würze der Vorstellung, die kein Anderer außer ihm zu bieten vermag. Niemand hat den Saal unbefriedigt verlassen.

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. J. Herm. Kroenlein.

